

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Robert Antretter MdB  
und Prof. Dr. Hartmut  
Soell MdB zur  
Verabschiedung von  
Karl Ahrens durch die  
Sozialistische Fraktion  
des Europarates: Ein  
Leben für die Zukunft,  
die Europa gehört.

Seite 1

### Dokumentation

Der IG Metall-Vorsit-  
zende Franz Steinküh-  
ler hielt am 17. April in  
Berlin vor dem Bran-  
denburger Tor eine  
Rede, die wir in zwei  
Teilen veröffentlichen:  
Wir wollen die soziale  
Einheit (Teil II und  
Schluß).

Seite 2

46. Jahrgang / 75

19. April 1991

### Ein Leben für die Zukunft, die Europa gehört

Zur Verabschiedung von Karl Ahrens durch die Sozialistische  
Fraktion des Europarates

Von Robert Antretter MdB und  
Professor Dr. Hartmut Soell MdB

Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in den Parlamentari-  
schen Versammlungen des Europarates und der WEU

Am Montag abend verabschiedet die Sozialistische Fraktion der Parla-  
mentarischen Versammlung des Europarats in einer Sondersitzung in  
Straßburg ihren Vorsitzenden Dr. Karl Ahrens, der gleichzeitig der Lei-  
ter der Deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung  
der Westeuropäischen Union ist. Dabei werden die herausragenden  
Dienste gewürdigt werden, die sich Karl Ahrens in seinem europäi-  
schen Wirken erworben hat. Auf einen Ausschnitt davon sei auch hier  
verwiesen:

Am 25. April 1983 wurde der niedersächsische Sozialdemokrat als er-  
ster Deutscher zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung  
des Europarats gewählt. Karl Ahrens stand damit an der Spitze der Or-  
ganisation, die es als ihren wichtigsten Auftrag ansieht, das kulturelle  
Erbe zu verwalten und weiterzuentwickeln und für den Schutz der  
Menschenrechte einzutreten. Das große Ansehen, das Karl Ahrens bei  
der Parlamentarischen Versammlung genießt, kam des weiteren darin  
zum Ausdruck, daß er zweimal in seinem Amt - eine dritte Wiederwahl  
läßt das Statut nicht zu - mit großer Mehrheit bestätigt wurde.

Während seiner Amtszeit hat die Versammlung erfolgreiche Arbeit  
geleistet und insbesondere auf rechtlichem, kulturellem und sozialem  
Gebiet wichtige Impulse für die Einigung Europas gegeben.

Wo sein Herz schlägt und wem seine ganze Solidarität gehört, wird vor  
allem an den Themen deutlich, mit denen sich Karl Ahrens auseinan-  
dersetzt. So hat er immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es nicht  
auch gegen die Menschenrechte verstößt, wenn jemand über Jahre  
hinaus keine Möglichkeit hat, sein Geld selbst zu verdienen, seine Fa-  
milie selbst zu ernähren. Mit einem Wort: Ob nicht das Recht auf Arbeit  
auch ein Menschenrecht sei. Und er ist deshalb immer wieder dafür  
eingetreten, die Menschenrechte auf dem Feld der sozialen Rechte zu  
überprüfen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung  
mit symbolischer  
Rechtsanfrage



Als einer, der den Krieg miterlebt und miterlitten hat, weiß er besonders, wovon er redet, wenn er es als bedeutsamste politische Leistung der zurückliegenden vier Jahrzehnte bezeichnet, daß durch ein Geflecht freundschaftlicher Beziehungen unserer Völker und millionenfache Begegnungen der Menschen unseres Kontinents Krieg unter den Europäern nicht mehr denkbar ist.

Gewiß kamen Eignungen und Neigungen Karl Ahrens für seine erfolgreiche Amtsführung als Präsident der Parlamentarischen Versammlung besonders entgegen. Er gilt als ausdauernder Arbeiter, als Politiker des verbindenden Ausgleichs und als Mann, der die Menschen zueinanderbringt.

Wenn ihn die Sozialistische Fraktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarats unmittelbar nach Beendigung seiner Amtszeit als Präsident der Versammlung im Jahre 1988 einstimmig zum Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion gewählt hat, so bezeugt dies, daß Karl Ahrens sein klares sozialdemokratisches Profil behielt über die Zeit hinaus, in der überparteiliche Amtsführung und diplomatische Konvention zu den zu Recht in ihn gesetzten Erwartungen zählten.

Seine zahlreichen Freunde in Deutschland und in den 25 Ländern des Europarates hoffen, daß Karl Ahrens mit seinen reichen Erfahrungen noch lange als Ratgeber zur Verfügung steht - für unser Land und für unsere Zukunft, die Europa gehört.

(-/19. April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Franz Steinkühler: Wir wollen die soziale Einheit (Teil II und Schluß)**

Der IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hielt am 17. April in Berlin vor dem Brandenburger Tor eine Rede, die wir in zwei Teilen veröffentlichen.

Die Bundesregierung ist daher gut beraten, sich nicht länger beleidigt zu fühlen, sondern in der heutigen Demonstration den Hilferuf von Menschen in Not zu erkennen. Hier stehen Frauen und Männer, die einklagen, was ihnen vor den Bundestagswahlen versprochen wurde. Es ist ein demokratisches Recht, für seine Forderungen einzutreten, auch wenn nach der Ermordung Detlev Karsten Rohwedders die anhaltenden Bürgerdemonstrationen mitunter schon den Stempel einer Tabuverletzung aufgedrückt bekamen. Wir haben - wie die meisten Menschen in unserem Land - den hinterhältigen Mord mit Abscheu verurteilt. Wir betonen ausdrücklich, daß wir gegen jede Gewalt angehen. Die Gewerkschaften haben in ihrer Geschichte schon zu oft selbst unter Gewalt gelitten. Aber, es ist verwerflich, Rohwedders Ermordung zum Vorwand zu nehmen, um den friedlichen Bürgerprotest in die Ecke der Komplizenschaft mit Gewalttätern zu rücken. Das ist politische Brunnenvergiftung.

Mit seinen Angehörigen und der politischen Öffentlichkeit trauern wir um Detlev Karsten Rohwedder und verurteilen die heimtückische Berechnung, die ihn zum symbolischen Mordopfer machte. Aber das Kalkül der Mörder wird nicht aufgehen. Der vielfältige persönliche Einsatzwille, der sich heute hier zu einer Demonstration von Solidarität und Entschlossenheit gebündelt hat, verdient Anerkennung statt Diffamierung. Wie bequem wäre es doch für uns, stets nur das schon Erreichte zu loben. Aber darf sich eine Demokratie wirklich wohlfühlen, wenn sich ihre Bürgerinnen und Bürger in den Wohnstuben verkriechen und die Augen schließen vor dem, was an ungelösten Problemen auf sie zukommt?

Uns hat die Erfahrung gelehrt, daß es oftmals die Scheinwerfer eines entgegenrasenden Zuges waren, die uns von zweckoptimistischen Schönfärbern als Lichter am Ende des Tunnels verheißen worden sind. Wer sich dagegen nicht wehrt, kommt leichter unter die Räder! Wir wehren uns, so lange noch Zeit ist. Wir wollen nicht unter die Räder kommen. Wer in Ostdeutschland schon für die nahe Zukunft "blühende Landschaften" voraussagt, kann sich ja wohl nicht damit herausreden, er habe nur die gegenwärtige Jahreszeit gemeint. Die Menschen wollen zu Recht auch im Sommer, Herbst und Winter in ihrer Heimat leben und arbeiten. Auch in den alten Bundesländern wäre ein Leben in Wohlstand unmöglich, wenn die Industriestrukturen zerstört würden.

Dies zu verhindern, erfordert entschiedene staatliche Strukturpolitik und nicht das ideologisch bornierte Vertrauen auf die unsichtbare Hand des Marktes.

Was zu tun ist, haben wir inzwischen mehrfach ausführlich dargelegt. Ich will es deshalb hier nur kurz in Erinnerung bringen:

- Oberstes Ziel ist es, die Industriestandorte zu erhalten und gleichzeitig die Industriestrukturen zu erneuern.
- Die Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen und die Lebensbedingungen für die Menschen müssen durch aktive Strukturpolitik verbessert werden. Die Infrastruktur muß ausgebaut und die Umwelt repariert werden.
- Wir benötigen dafür Beschäftigungsgesellschaften und runde Tische, die staatliche Hilfen, unternehmerische Initiativen sowie Qualifikationen und Kreativität der Menschen bündeln und zusammenführen.
- Notwendig ist die weitere Sicherung des Absatzes auf den früheren RGW-Märkten und auf dem Binnenmarkt durch Ausfuhrbürgschaften und Verkaufshilfen für ostdeutsche Produkte.
- Dazu können die BürgerInnen und Bürger auch selbst beitragen. Jedes Westprodukt, das im Osten verkauft und im Westen hergestellt wird, macht unsere Probleme nur größer.
- Unaufschiebbar ist ferner die Sicherung der Finanzen, die Ablösung der Altschulden und die Aufstockung des Eigenkapitals.

Und Kolleginnen und Kollegen, ist es denn so schwer zu begreifen, daß in den Betrieben kein Mensch motiviert werden kann, an mittelfristigen Lösungen zu arbeiten, wenn die Betriebe gleichzeitig wie Sauerbier angeboten werden?

Mit einem Betrieb, der zum Verkauf steht, geht kein Kunde längerfristige Lieferverträge ein. Deshalb fordern wir: Schluß mit der Privatisierung auf Teufel komm raus. Wir fordern Sanierung und Erhaltung der Industriestandorte. Dazu ist die Gründung einer Treuhand-Industrieholding notwendig.

Sie hätte die Aufgabe, die zwei Drittel der alten VEBs zu übernehmen, die von der Treuhand selbst als prinzipiell sanierungsfähig bezeichnet worden sind. Nur so kann Ruhe in den Betrieben einkehren. Wer nicht weiß, ob heute oder morgen sein Betrieb ganz oder teilweise geschlossen oder verkauft wird, der kann nicht die Kraft aufbringen, den Blick in die Zukunft zu richten. Genau darauf kommt es jetzt aber an. Und auch ein Wort zu den Unternehmern, von denen ja niemand erwartet, daß sie nur aus Patriotismus - ohne längerfristige Gewinnorientierung investieren.

Wer aber zum Beispiel jahrzehntelang die besondere Berlinhilfe des Bundes kassiert hat, und jetzt in der Bewährungsstunde für Berlin als Brücke zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen West- und Osteuropa Arbeitsplätze im Westen der Stadt wieder Abbau und nicht einmal daran denkt, in Ostdeutschland zu investieren, der muß sich nicht wundern, wenn der Vorwurf des vaterlandslosen Gesellen die deutsche Unternehmerschaft als Ganzes trifft. Die Unter-

nehmer haben die neuen Länder als Markt willkommen geheißen und Extragewinne abgeschöpft. Sie haben sich die zukunftssträchtigen und profitablen "Filetstücke" aus den ehemaligen Kombinatn herausgeschnitten, den Rest sich selbst überlassen und damit dafür gesorgt, daß dieser Rest im Konkurrenzkampf nicht überlebensfähig ist. Sie haben überall zuerst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rausgeschmissen. Und sie haben dieses schmutzige Geschäft oftmals durch ehemalige staatliche Leiter erledigen lassen. Herr Stihl, der IHK-Präsident, hat uns vor einigen Tagen "Brandstiftung" vorgeworfen. Ich kann dazu nur sagen, der "Dieb schreit, haltet den Dieb".

Die Arbeitgeber haben in den letzten Monaten immer nur gesagt, was man nicht tun soll oder darf. Sie haben nie gesagt, wie die Probleme gelöst werden können. Erst letzte Woche hat sich Gesamtmetall gegen die Verlängerung des Kündigungsschutzes ausgesprochen. Herr Kirchner hat diesen Schutz eine "pseudosoziale Regelung" und die Fortschreibung eine "Lebenslüge" genannt. Solche Äußerungen und solches Verhalten nennen wir blanken Sozialzynismus. Er reiht sich nahtlos in die Verweigerungspolitik der Unternehmerverbände ein. Sie sind ihrer sozialpolitischen Verantwortung in keinster Weise gerecht geworden. Die verschiedenen Äußerungen der letzten Tage dienen offensichtlich nur dazu, den Gewerkschaften Schuld zuzuschreiben, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Wenn wir unternehmerisches und staatliches Engagement für Beschäftigungsgesellschaften fordern, wenn wir uns für einen Sanierungsauftrag der Treuhandanstalt einsetzen, dann verlangen wir keine Investitionen in ein Faß ohne Boden. Die kleinen Leute - wieder einmal - werden dafür bereits kräftig zur Kasse gebeten. Vielmehr geht es uns um Zukunftspolitik für die Sicherung der Lebensqualität in ganz Deutschland und zur Verhinderung der sozialen Spaltung. Wir hatten uns gewünscht, daß die Kosten der Einheit sozial gerecht aufgeteilt werden und die Prioritäten der Haushaltspolitik sich entsprechend ändern.

Mögen die Zyniker der Macht auch sagen, die nächsten Landtagswahlen sind weit, die nächste Bundestagswahl liegt in noch ferner Zukunft.

Wer deshalb zum Aussitzen und Abwarten rät, wird sich über das gute Gedächtnis der Menschen noch wundern. Wählervertrauen ist wie ein rohes Ei: Man kann es nur einmal in die Pfanne hauen. Hier stehen Frauen und Männer, die sich selbst von der Last eine Diktatur befreit haben. Sie tragen Verantwortung für die Sicherung der Lebensführung ihrer Familien. Sie sind bereit, sich auch für den Aufbau einer modernen Industrie zu engagieren und die dafür noch fehlenden Qualifikationen zu erwerben.

Die IG Metall hat in ihrer 100jährigen Geschichte oftmals gekämpft - kämpfen müssen. Immer für die Menschen, für den Einzelnen. Nicht immer hatten wir Erfolg. Wir wissen auch heute noch nicht, ob wir am Ende Erfolg haben werden. Vom Brandenburger Tor aus können wir heute nicht nur in beide Richtungen gehen, sondern auch nach beiden Seiten sprechen. Nach Westen gewandt, fordere ich die Einlösung der Sonntagsversprechen durch Alltagshandeln. Nach Osten gewandt, fordere ich auf: Macht jenen Mut, die schon aufgeben wollen! Verliert selbst bei der Größe der Probleme nicht den Mut, dagegen anzugehen.

Niemand wird sich darin täuschen dürfen. Der heutige Tag ist - wie das Brandenburger Tor - nur Durchgangsstation, nicht Endpunkt unseres Kampfes für den Erhalt der Arbeitsplätze und Lebensperspektiven. Bis dahin ist noch einiges zu tun.

Wir sind dazu entschlossen, unbequem, solidarisch und phantasievoll. Wir sind bereit, die Angebote auf Zusammenarbeit, auf gemeinsames Anpacken um der Menschen willen aufzunehmen. Aber wir sind nicht mehr bereit hinzunehmen, daß sich andere als Platzanweiser für unser Leben aufspielen.

(-/19. April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*